



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at
erreichbar mit der Linie D

E-Mail: recht-post@e-control.at

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	501 65	Fax	501 65	Datum
GVSV V	WP-GSt/Tö	Joel Tölgyes	DW	12253	DW	142253	21.08.2024
SOS G							
01/24							

Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Verordnung über die Nachweise sowie die Überprüfung des Gasversorgungsstandards für geschützte Kunden in Österreich geändert wird – Gasversorgungsstandardverordnung (GVSV)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Im Zuge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine kam es in den letzten Monaten zu einer Veränderung der Gasversorgungslage in Europa und im Speziellen auch in Österreich: Die Gaslieferungen aus Russland wurden zum Teil drastisch reduziert. Auch die Zukunft der besagten Gaslieferungen ist ungewiss, da mit Ende dieses Jahres die Verträge für den Transit von russischem Gas durch die Ukraine auslaufen. Aus diesem Grund wurden in den letzten Monaten gesetzliche Vorkehrungen getroffen, um für Lieferausfälle und mögliche Versorgungsengpässe besser gewappnet zu sein. Mittels einer Novelle des Gaswirtschaftsgesetzes (GWG 2011) wurden Gasversorger etwa dazu verpflichtet, einen gewissen Versorgungsstandard für „geschützte Kund:innen“ wie Haushalte für einen Mindestzeitraum garantieren zu können. Dazu müssen die betroffenen Versorger der Regulierungsbehörde E-Control Beschaffungs- und Speicherverträge vorlegen, aus denen hervorgeht, dass sie den Versorgungsstandard erfüllen können. Ähnliches gilt seit einer Novelle des Elektrizitätswirtschafts und -organisationsgesetzes (EIWOG 2010) auch für die Betreiber größerer Gaskraftwerke.

Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf möchte die E-Control Vorgaben zur Übermittlung der Nachweise zur Erfüllung des Gasversorgungsstandards erlassen.

Aus Sicht der BAK ist die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung von großer gesamtgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung. Aus diesem Grund begrüßt sie den vorgelegten Entwurf generell. Auch erscheint es aus Sicht der BAK sinnvoll, dass man nach einer bereits erfolgten Begutachtung Anfang des Jahres noch einmal einen neuen Anlauf nach der angesprochenen EIWOG-Novelle gestartet hat. Gleichzeitig möchte die BAK die folgende Anmerkung einbringen:

- Die der Novelle zugrunde liegenden gesetzlichen Änderungen des § 70a Elektrizitätswirtschafts und -organisationsgesetz 2010 sowie des § 121 Abs 5a Gaswirtschaftsgesetz 2011 treten jeweils erst mit 1. Oktober 2024 in Kraft bzw bereits mit 30. September 2026 außer Kraft. § 3 Abs 2 des Verordnungsentwurfes sieht jedoch als Stichtag für die Erhebung zur Vorhaltung der Gasmengen für Erzeugungsanlagen den 31. August des jeweiligen Jahres vor. Es ist daher davon auszugehen, dass die Meldungen erstmals für den Winter 2025/2026 zu erfolgen haben. Angesichts der grundlegenden Ursache für diese Bestimmung – nämlich des Angriffskriegs Russland auf die Ukraine und die damit verbundenen Verwerfungen auf dem Gasmarkt – kann nicht davon ausgegangen werden, dass es im Sinne des Gesetzgebers ist, den heurigen Winter von den Bestimmungen auszunehmen. Insbesondere, da der Gastransit durch die Ukraine genau im kommenden Winter enden könnte. Die BAK regt daher an, die Frist zur Meldung der Daten für den kommenden Winter auf einen Zeitpunkt nach Inkrafttreten der Verordnung zu verschieben.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

